

## **Protokoll:**

Die Fraktionen BIZ und SPD regen an, Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig damit zu beauftragen mit der ADD Verhandlungen dahingehend zu führen, dass nur eine Erhöhung des Vergnügungssteuersatzes und keine Erhöhungen der Gewerbe- und Grundsteuersätze vorgenommen werden sollen. Die CDU-Fraktion kündigt an, sie werde sich mit der Thematik noch befassen. Einer Grundsteuererhöhung werde sie in keinem Fall zustimmen, bezüglich der Vergnügungssteuer bestünde noch Beratungsbedarf. Die FBG-Fraktion spricht sich ebenfalls gegen die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer aus. Die Zustimmung zur Erhöhung der Vergnügungssteuer hänge vom Ergebnis der Verhandlungen mit der ADD ab.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig erhält einen entsprechenden Auftrag zur Verhandlungsführung mit der ADD. Er wird der ADD mitteilen, dass für die Erhöhung von Grund- und Gewerbesteuer und eine Reduzierung im freiwilligen Leistungsbereich im Stadtrat keine Mehrheit bestehe. Eine Zustimmung des Stadtrates zur Erhöhung der Vergnügungssteuer sei nur bei einem positiven Verhandlungsergebnis zu erwarten. Die Erhöhung der Vergnügungssteuer bringe im Haushaltsjahr 2017 Mehreinnahmen in Höhe von 0,5 Mio. € und im Haushaltsjahr 2018 von 1 Mio. €. Zudem seien für das Haushaltsjahr 2017 deutlich höhere Einnahmen bei der Gewerbesteuer gegenüber dem Haushaltsentwurf zu verzeichnen, sodass die geforderte Einnahmenverbesserung von 1 Mio. € erreicht werde. Ab dem Haushaltsjahr 2018 führe die Erhöhung der Vergnügungssteuer auch zu der geforderten nachhaltigen Verbesserung von 1 Mio. €.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig weist darauf hin, dass sich der Umsatz bei den Geldspielautomaten nach der letzten Steuererhöhung in diesem Bereich nicht gemindert habe, weshalb nicht zu befürchten sei, dass die erneute Steuererhöhung zu einer Abschreckung führe.

Frau Brockmann-Kneip (Leiterin Kämmerei und Steueramt) ergänzt, die Datenlage belege dass die Branche weiterhin prosperiere. Zudem stünden die Automatenaufsteller in Rheinland-Pfalz aufgrund einer mehrjährigen Übergangsfrist bis zur Anwendung des neuen Glücksspielgesetzes mit erheblichen Restriktionen für Automatenaufsteller deutlich besser da als überall sonst in Deutschland.

Da bei den Fraktionen noch Beratungsbedarf besteht, verbleibt die Vorlage ohne Beschlussempfehlung. Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig informiert vor der Sitzung des Stadtrates über das Ergebnis der Verhandlungen mit der ADD.